

Dokument 32

Inwieweit die Realität eines Parteitages die Wirklichkeit im Land abbildet, darüber gehen die Meinungen auseinander.

Am Sonnabend, dem 5. April 2008 fand der ordentliche Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD in Düsseldorf statt. Im Verlauf der Veranstaltung bekräftigte die SPD-Landesvorsitzende Hannelore Kraft in ihrer Rede ihre bekannte Haltung zur sogenannten Gemeinschaftsschule:

„(...) Im letzten Jahr sind wir mit dem umfassenden Konzept "Beste Bildung für alle" in die Offensive gegangen. Das ist ein ganzheitliches und ein zukunftsweisendes Konzept. Es findet immer mehr Zustimmung, weit über die Parteigrenzen hinaus. Wir haben nicht nur das richtige Thema besetzt, wir bieten auch die richtigen Lösungen. Die Gemeinschaftsschule ist kein Schreckgespenst für die Wählerinnen und Wähler. Die CDU baut da vergeblich eine Chimäre auf. In Schleswig-Holstein sind die Gemeinschaftsschulen schon Realität. Sie sind ein Erfolgsmodell - auch für NRW.(...)“

Entsprechend ihrem Beschluss vom außerordentlichen Landesparteitag zur Bildungspolitik vom 25. August in Bochum (vgl. Dokument 4 auf dieser Webseite) verankerte die NRW-SPD die Forderung nach einer Gemeinschaftsschule nun auch in ihren „Leitlinien sozialdemokratischer Kommunalpolitik“, der politischen Plattform für die Kommunalwahlen 2009.

Verwunderlich ist die breite Mehrheit für diese Position, obwohl sich selbst in der Bundeshauptstadt Berlin, in der eine rot-rote Regierungsmehrheit einen Modellversuch zur Gemeinschaftsschule gestartet hatte, mittlerweile realistischere Töne bemerkbar machen, vgl. etwa: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/;art270,2506510>

Auch in Rheinland-Pfalz, der Heimat des SPD-Vorsitzenden Kurt Beck, strebt die SPD aus gutem Grund keine schrittweise und flächendeckende Einführung der Gemeinschaftsschule an, wohl wissend, dass Reformen die „Akzeptanz und Unterstützung der Betroffenen“ benötigen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass das Modell der SPD-NRW-Gemeinschaftsschule (vgl. Dokument 4) nicht deckungsgleich ist mit der Gemeinschaftsschule, wie sie in Schleswig-Holstein als Erweiterung des Schulformangebotes einer Großen Koalition von SPD und CDU eingeführt worden war.

Kritik am bildungspolitischen Kurs der SPD fand kaum statt. Inwieweit die Realität eines Parteitages die Wirklichkeit im Land abbildet, darüber gehen die Meinungen auseinander. In jedem Fall steht seit dem Beschluss der beiden Landesparteitage nun die offizielle Position der SPDNRW mit deutlicher Mehrheit fest. In den Wahlergebnissen für deren Protagonistinnen spiegelt sich diese Mehrheit wider.

Ein Initiativantrag des SPD-Ortsvereins Detmold, der eindeutig abgelehnt wurde, wird an dieser Stelle deshalb dokumentiert, weil in ihm Positionen aufgegriffen werden, wie sie von dieser Webseite nachhaltig vertreten werden. Es bleibt Anspruch und Hoffnung dieser Webseite, dass nach dem Horizont der nächsten Wahlen realistische Wege in der Schulpolitik beschritten werden.

Der Antrag war am Mittwoch, dem 2.04.08, von der Jahreshauptversammlung der Detmolder SPD bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen verabschiedet worden.

ANTRAG DES SPD-ORTSVEREINS DETMOLD AN DEN LANDESPARTEITAG DER NRWSPD IM WORTLAUT

Am 22. Februar hat der Landesvorstand NRW unserer Partei Leitlinien sozialdemokratischer Kommunalpolitik beschlossen. Dabei handelt es sich um den Entwurf eines Leitantrages für den ordentlichen Landesparteitag der NRWSPD am 5. April 2008 in Düsseldorf.

Unter Bezugnahme auf das Kapitel II.2. des Entwurfes unter der Überschrift "Beste Bildung und Betreuung vor Ort" stellen wir folgenden Antrag:

Der SPD-Ortsverein Detmold beantragt die Streichung der folgenden Passage in den Zeilen 402 - 411.

Dort heißt es:

"Die SPD will schrittweise die Gemeinschaftsschule einführen. Sie steht für eine neue Lernkultur, für längeres gemeinsames Lernen, guten Unterricht und bessere Chancen aller Schülerinnen und Schüler.

Das von der Wissenschaft, von der Wirtschaft, den Gewerkschaften und nicht zuletzt von vielen Menschen unterstützte Modell der NRWSPD zur Gemeinschaftsschule sichert sowohl ein vielfältiges Sekundarschulangebot in kleineren Städten und Gemeinden als auch die Überwindung einer frühen Selektion von Schülerinnen und Schülern.

Das Land muss den Kommunen hier einen deutlich größeren Gestaltungsspielraum eröffnen, um den spezifischen Anforderungen für die beste Bildung in jeder Kommune gerecht werden zu können."

Begründung:

Als Begründung verweisen wir auf zahlreiche Argumente von Wissenschaftlern, Politikern und Fachleuten auf www.schulstruktur.com. Besonders hervorgehoben sein sollen dabei die Dokumente 2, 5, 9, 11, 12, 14, 28 und 29.

Die Aussage, das Modell der NRWSPD-Gemeinschaftsschule werde von "der(!) Wissenschaft" und "von der(!) Wirtschaft" unterstützt, entspricht belegbar nicht den Tatsachen. In diesem Zusammenhang sei ausdrücklich auf den Vortrag unserer ehemaligen Bildungsministerin Gabriele Behler vor der Westfälisch-Lippischen Direktorenkonferenz vom 12. November 2007 in Hamm unter dem treffenden Titel: „Gemeinschaftsschule vs. Dreigliedrigkeit - Zur Seriosität von Heilslehren" verwiesen (Dokument 25 auf www.schulstruktur.com).

Es ist nicht haltbar so zu tun als sei die schrittweise und flächendeckende Einführung der so genannten Gemeinschaftsschule die notwendige Konsequenz aus PISA, damit bessere Schülerleistungen und mehr Bildungsgerechtigkeit erreicht werden können.

Richtig ist vielmehr, dass entgegen seinen eigentlichen Absichten das viergliedrige Schulsystem „am unteren Ende homogene leistungsschwache Gruppen“ (Baumert in schulmanagement 1/2008) mit einem hohen Risikopotenzial produziert.

Wissenschaftlich belegbar ist gegenwärtig zudem die Aussage von Baumert, die „Kopplung von Kompetenzerwerb und Sozialschicht“ sei „in Deutschland so hoch wie in keinem anderen Staat der Welt.“ (ebd.)

Da der Zusammenhang von Schulstruktur und Leistungsentwicklung kaum erweisbar untersucht wurde, lässt sich nach Baumert allenfalls feststellen, dass „mit einer sehr einfachen Struktur der Zweigliedrigkeit sehr gute Erfolge erzielt werden können.“ (vgl. Bundesland Sachsen)

Eine flächendeckende und verbindliche Einführung der Gemeinschaftsschule nach dem Konzept der NRWSPD „mit der langfristigen Zielrichtung einer integrierten SI-Schule halten wir für sachlich verfehlt, in der Breite der Gesellschaft und in der Gesamtheit der in Schule Arbeitenden nicht vermittelbar und letztlich politisch nicht durchsetzbar“ (Dokument 11 auf www.schulstruktur.com).

Wir halten es gerade vor dem Hintergrund unserer kommunalen Schullandschaft und unserer historischen Erfahrungen mit dem gescheiterten Projekt „Koop-Schule“ für völlig unrealistisch, dass die SPD eine Mehrheit der Eltern, der Lehrkräfte und der Bevölkerung für eine schrittweise Überführung der Gymnasien in Gemeinschaftsschulen gewinnen kann.